

AN SPD, CDU UND CSU

Kernforderungen des KOK zu den Koalitionsverhandlungen 2018

BEZUGNEHMEND AUF DAS SONDIERUNGSPAPIER



Betroffene von Menschenhandel und Ausbeutung haben einen Anspruch auf Schutz, Unterstützung und Durchsetzung ihrer Rechte.

Wir rufen die an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien auf, eine umfassende Strategie zur Stärkung der Rechte der Betroffenen und zur Bekämpfung aller Formen von Menschenhandel und Ausbeutung im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Kernelemente dieser Strategie müssen sein:

SCHUTZ DER BETROFFENEN VON MENSCHENHANDEL UND AUSBEUTUNG

Um bedarfsgerechten Schutz und Unterstützung zu gewährleisten, ist eine **systematische Identifizierung** von Betroffenen **aller Formen von Menschenhandel**, auch im Kontext von Flucht und Asyl, notwendig. Die Unterbringung von Asylsuchenden in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen schränkt deren Zugang zu Beratungseinrichtungen ein. Dadurch wird eine Identifizierung besonders Schutzbedürftiger, wie Betroffener von Menschenhandel, erschwert. Von der Schaffung zentraler ANKER-Einrichtungen sollte aus menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Gründen dringend Abstand genommen werden.

Der besonderen Situation aller **minderjährigen Betroffenen** von Menschenhandel muss entsprochen werden. Sie benötigen spezielle, am Schutz des Kindeswohls ausgerichtete Unterstützungsstrukturen.

Die geplante Verbesserung der Hilfe- und Unterbringungsstrukturen für gewaltbetroffene Frauen und ihre

Kinder muss auch Unterstützungseinrichtungen für Betroffene von Menschenhandel beinhalten.

Ein **flächendeckendes bundesweites Unterstützungsangebot** für Betroffene aller Formen von Menschenhandel und Ausbeutung muss gesichert, Fachberatungsstellen müssen ausreichend und langfristig finanziert sein.

DURCHSETZUNG DER RECHTE DER BETROFFENEN

Betroffene von Menschenhandel und Ausbeutung haben ein **Recht auf Schutz, Unterstützung und Entschädigung**. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass sie diese Rechte auch durchsetzen können.

Grundlage hierfür ist die **Schaffung eines sicheren Aufenthaltstitels** unabhängig von der Aussage im Strafverfahren für Betroffene aller Formen von Menschenhandel und Ausbeutung.

Zudem ist eine **einheitliche und ausreichende Alimentierung** für die Betroffenen notwendig, die ihren Bedürfnissen (bspw. auf medizinische oder therapeutische Versorgung) gerecht wird.

Des Weiteren braucht es ein **modernes Entschädigungsrecht**, das auch Betroffene von Menschenhandel und Ausbeutung mit einschließt. Eine Reform wurde bereits im Koalitionsvertrag der vergangenen Legislaturperiode festgeschrieben, aber nicht umgesetzt. Die zukünftige Regierung muss dringend rechtliche Verbesserungen sicherstellen! Ergänzend sollte ein Fonds zur Zahlung von Entschädigungsansprüchen der Betroffenen eingerichtet werden.

UMFASSENDE KOORDINATION UND BERICHTERSTATTUNG

Um eine **umfassende Strategie gegen Menschenhandel** und für die Rechte der Betroffenen auch gut umsetzen zu können, ist die Koordinierung auf politischer und behördlicher Ebene notwendig. Dazu sollte eine politische Koordinierungsstelle der Bundesregierung eingerichtet werden, die sich auf alle Ausbeutungsformen und Zielgruppen bezieht.

Zudem ist die Einrichtung einer **unabhängigen Berichterstattungsstelle** zügig umzusetzen.

Bestehende **gesetzliche Regelungen** sollten im Hinblick auf ihre Praxistauglichkeit und die Auswirkungen auf die Betroffenen, unter Einbindung der Fachakteure und der Zivilgesellschaft, entsprechend internationaler Vorgaben umfassend **evaluiert** werden.

Die effektive Bekämpfung des Menschenhandels sowie der Schutz und die Unterstützung der Betroffenen in Deutschland können nur gemeinsam gelingen!

Für den ausführlichen Forderungskatalog des KOK siehe www.kok-gegen-menschenhandel.de

KOK

Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.

Kurfürstenstr. 33 | 10785 Berlin | 030 263 911 76
info@kok-buero.de | www.kok-gegen-menschenhandel.de